



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
BUNDESRAT



RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
SÉNAT



SENAT
RZECZYPOSPOLITEJ
POLSKIEJ

Gemeinsame Erklärung

anlässlich der 3. parlamentarischen Konferenz im Format "Weimarer Dreieck"

am 20. Juni 2019 in Paris

Auf der Tagung in Rom zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge haben der Präsident des Senats der Republik Polen, der Präsident des Senats der Französischen Republik und der Präsident des Bundesrates gemeinsam beschlossen, eine Reihe von drei interparlamentarischen Konferenzen im Format "Weimarer Dreieck" mit Parlamentariern, Experten und anderen Akteure abzuhalten, um gesetzgeberische Antworten im Kampf gegen Hassreden im Internet und in sozialen Netzwerken zu finden. Die erste Konferenz fand 2017 in Warschau zum Thema Bekämpfung von Hassreden und Cyberangriffen statt. Die zweite Konferenz wurde 2018 in Berlin zum Thema Desinformation und Künstliche Intelligenz abgehalten. Am 20. Juni 2019 fand nun im französischen Senat in Paris die dritte parlamentarische Konferenz zum Thema „Cybersicherheit, Datenschutz, Künstliche Intelligenz - was sind die Herausforderungen für Europa?“ statt. Die drei Tagungen standen Vertretern der Zivilgesellschaft offen und wurden im Internet in den jeweiligen Landessprachen übertragen.

Die Vertreter des französischen Senats, des Bundesrates und des polnischen Senats im Lichte der bereits geleisteten Arbeit,

in Bezug auf Hassreden im Internet,

verurteilen aufs Schärfste Hassreden, Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung im Internet,

sind der Auffassung, dass Meinungsfreiheit und Anonymität nicht dazu benutzt werden können, Hassreden, Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung im Internet zu rechtfertigen,

betonen die besondere Verantwortung von Webhostern und Plattformen für illegale Inhalte und fordern sie auf, diese so schnell wie möglich nach ihrer Meldung zu entfernen,

betrachten mit Interesse das deutsche Gesetz, das Webhoster unter Androhung hoher Geldstrafen verpflichtet, illegale Inhalte so schnell wie möglich zu entfernen,

betonen die Notwendigkeit, das Bewusstsein der Nutzer, insbesondere der jüngsten, zu schärfen,

fordern eine internationale Zusammenarbeit und Maßnahmen der Europäischen Union zur Sensibilisierung und Prävention, zur Aufdeckung, Meldung und Beseitigung illegaler Inhalte;

zum Thema Cybersicherheit,

heben die wesentlichen Gefahren, die sich aus der Zunahme von Computerangriffen zu Zwecken der Kriminalität, Spionage und Destabilisierung ergeben, hervor,

erinnern daran, dass das Recht auf Privatsphäre und der Schutz personenbezogener Daten als wichtige Grundrechte bei allen staatlichen Maßnahmen zu beachten sind,

heben insbesondere die Gefahr von Destabilisierung und Manipulation bei Wahlkämpfen und Wahlprozessen hervor, die den ordnungsgemäßen Ablauf von Wahlen gefährden und das Funktionieren der Demokratie selbst in Frage stellen können,

fordern eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene zur Stärkung der Sicherheit der Informationssysteme,

betonen insbesondere, wie wichtig es ist, das Bewusstsein der Nutzer für die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten und die Rolle der Europäischen Union in diesem Bereich zu schärfen, insbesondere durch die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO);

in Bezug auf Künstliche Intelligenz,

erinnern an die wichtigsten politischen, rechtlichen, ethischen, technologischen und industriellen Fragen, die von der Künstlichen Intelligenz aufgeworfen werden,

sind der Auffassung, dass den nationalen Parlamenten angesichts dieser Herausforderungen eine wichtige Rolle zukommt und dass es sinnvoll wäre, den Austausch von Erfahrungen und Fachwissen zu verstärken,

fordern eine ambitionierte Strategie in Industrie, Forschung und Entwicklung auf Ebene der Europäischen Union, damit Europa zu einem Hauptakteur im Bereich der Künstlichen Intelligenz werden kann.

Unterzeichnet am 20. Juni 2019 in Paris

Till Steffen

Jean Bizet

Łukasz Mikołajczyk

i

Konstanty Radziwiłł